

1 **Antrag 1**

2

3 **Antragsteller:** AfA Düsseldorf

4 **Adressat:** Ratsfraktion, SPD Düsseldorf, sozialdemokratische Delegierte in Gremien der kommunalen
5 Spitzenverbände und in der Landschaftsversammlung

6 **- beschlossen -**

7

8

9 **FREIHANDELSABKOMMEN**

10 Die SPD Düsseldorf tritt ein für den Schutz der kommunalen Demokratie und der kommunalen
11 Daseinsvorsorge. Die Freihandelsabkommen, die die Europäische Union derzeit verhandelt und für deren
12 Umsetzung sie wirbt, bedrohen die kommunale Daseinsvorsorge. Der Privatisierungszwang nimmt im Namen
13 der internationalen »Liberalisierung von Dienstleistungen« zu.

14 Das lehnt die SPD Düsseldorf ab.

15 Sie tritt ein für die Sicherung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung. Der Kern jeder kommunalen
16 Selbstverwaltung und der kommunalen Demokratie ist die Einbeziehung der Einwohnerschaft der Kommune in
17 die Entscheidungen, die im Rathaus getroffen werden.

18 Seit Sommer 2013 laufen Verhandlungen zwischen den USA und der EU-Kommission über ein
19 Freihandelsabkommen, die »Transatlantic Trade and Investment Partnership« (TTIP – Transatlantische Handels-
20 und Investitionspartnerschaft). Nicht nur in Bezug auf die öffentliche Auftragswesen, die Energie, den
21 Umweltschutz und die öffentlichen Dienste und öffentlichen Dienstleistungen sind kommunale Bereiche direkt
22 betroffen. In den Focus rückt sofort wieder die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung.

23 Parallel laufen seit Frühjahr 2013 Verhandlungen über ein Folgeabkommen zum Dienstleistungsabkommen der
24 WTO, GATS (General Agreement on Trade in Services). Das sgn. plurilaterale Abkommen über Dienstleistungen
25 (Plurilateral Trade in Services Agreement, PTISA) soll der umfassenden Liberalisierung des internationalen
26 Dienstleistungshandels dienen. Betroffen können auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel
27 in Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Energie,
28 Verkehr und Wasserversorgung sein.

29 Das »Comprehensive Economic and Trade Agreement« (CETA) dient, wie wir wissen, als Blaupause für TTIP etc.

30 Die SPD Düsseldorf und die SPD-Ratsfraktion werden aufgefordert, im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
31 eine Entscheidung zur Ablehnung dieser Freihandelsabkommen herbeizuführen. In den Gremien der
32 kommunalen Spitzenverbände und in der Landschaftsversammlung treten die sozialdemokratischen
33 Delegierten und Mandatsträger der Stadt in gleicher Weise für entsprechende Beschlussfassungen ein.

34 Darüber hinaus macht die Landeshauptstadt ihren Einfluss auf Landes- und Bundesebene geltend, damit diese
35 Abkommen und ihre Verhandlungen gestoppt und eingestellt werden.

36 Für den Antragsteller:

37 H.-W. Schuster, AfA-Vorsitzender

38

39

40